

Börsen-Zeitung vom 27.08.2021, Nr. 164, S. 7

SERIE ZUR BUNDESTAGSWAHL: DIE ENERGIEPOLITIK

Grüne Ausbauziele mit Schwächen

Energiepolitik als Schlüssel zum Klimaschutz - Ambitionierte Pläne - Rechtliche Unsicherheiten

Für eine effiziente Klimaschutzpolitik bedarf es einer **Energiewende**. In Gesellschaft und Wirtschaft muss **Energie** effizienter genutzt werden und häufiger aus erneuerbaren Quellen kommen. Die Parteien präsentieren sich im Wahlkampf ehrgeizig. Ihre Ziele sprengen jedoch den Rahmen des derzeit Möglichen.

Von Anna Steiner, Frankfurt

Börsen-Zeitung, 27.8.2021

In vier Wochen wählen die Deutschen ein neues Parlament. Nahezu alle Parteien sprechen sich für einen effizienteren Klimaschutz aus. Um die deutschen Klimaziele zu erreichen - bis 2030 55 % weniger Treibhausgase gegenüber 1990 zu emittieren - ist eine **Energiewende** notwendig. Sprich: Nicht nur müssen die erneuerbaren **Energien** den meisten Parteien zufolge ausgebaut und wettbewerbsfähiger werden, sondern auch der **Bruttoenergiebedarf** in Deutschland muss sinken.

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland lag im Jahr 2020 bei rund 545 Terawattstunden - und damit unterhalb des Niveaus des Vergleichsjahres 1990. Allerdings war dieser Rückgang in erster Linie auf die Coronakrise zurückzuführen. Wochenlang war die **energieintensive** Industrieproduktion ganz oder zumindest teilweise stillgelegt.

Der Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland ist Experten zufolge der Schlüssel zum Erfolg im Kampf gegen den Klimawandel. "Die neue Bundesregierung muss der Leitfunktion der erneuerbaren **Energien** im **Energiesystem** ebenso Rechnung tragen wie ihrem riesigen Klimaschutz-, Wertschöpfungs- und Innovationspotenzial", sagt Simone Peter vom Bundesverband **ErneuerbareEnergie** (BEE).

Das **Erneuerbare-Energien**-Gesetz (EEG) schreibt vor, dass bis zum Jahr 2025 zwischen 40 und 45 % des in Deutschland verbrauchten Stroms aus grünen Quellen stammen müssen. Im Jahr 2020 konnte diese Marke bereits erreicht werden. Allerdings wird der Strombedarf in Deutschland in den kommenden Jahren voraussichtlich sprunghaft steigen. Denn im Zuge der Klimaschutzpolitik sollen bis 2030 sechs Millionen Elektroautos auf Deutschlands Straßen fahren - und diese müssen geladen werden. Auch um die Wasserstoffstrategie des Bundes in die Realität zu übersetzen, müssen Wind- und **Sonnenenergie** stärker ausgebaut werden. Denn nur mit grüner **Energie** erhält der Bund am Ende den klimaschonenden grünen Wasserstoff. Die Ziele der Parteien in ihren Wahlprogrammen sind mit Blick auf die Ausbauziele allerdings oft unrealistisch.

Unrealistische Ziele

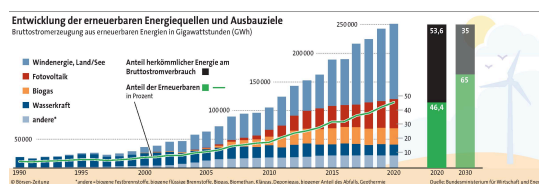
"Unser Ziel ist es, 100 % **erneuerbareEnergien** bis 2035 zu erreichen", schreiben etwa die Grünen in ihrem Programm. In ihrem Klimaschutz-Sofortprogramm, das die Partei Anfang August präsentierte, definiert sie jährliche Ausbauziele. Ziel ist

demnach ein Fotovoltaik-Zubau in Höhe von 12 Gigawatt (GW) pro Jahr ab 2022. Bei der **Windenergie** an Land soll der Zubau 6 GW pro Jahr betragen. Union und FDP verzichten auf die Nennung konkreter Werte und beschränken sich darauf, die Erneuerbaren "deutlich schneller ausbauen" zu wollen.

Ohne die Festlegung neuer Nutzungsflächen und beschleunigter Genehmigungsverfahren bleiben die Ziele aber - ob konkret oder nicht - nur Wunschdenken. Der Reformbedarf in den Verfahren ist riesig, die Hürden auch. Artenschutz und der Protest von Anwohnern machen nicht nur die Errichtung etwa von Windrädern schwierig und zeitintensiv, sondern auch gegen Stromleitungen wird vorgegangen. So dauert es in vielen Fällen mehr als zehn Jahre, bis eine Leitung fertiggestellt ist. Das Bundesumweltministerium fordert daher eine einheitlichere Genehmigungspraxis im Artenschutzrecht. Zwar gibt es dazu inzwischen konkrete Beschlüsse von Bund und Ländern, bislang hat sich aber wenig geändert.

Die neue Regierung muss also erst den rechtlichen Rahmen schaffen, um die selbstgesteckten Ziele überhaupt angehen zu können. Und das kostet wiederum wertvolle Zeit.

Anna Steiner, Frankfurt



Quelle: Börsen-Zeitung vom 27.08.2021, Nr. 164, S. 7

ISSN: 0343-7728

Rubrik: SERIE ZUR BUNDESTAGSWAHL: DIE **ENERGIEPOLITIK**

Dokumentnummer: 2021164037

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/BOEZ_f5be1621a3498ddc1335dc6337e9488f5da5ac5d

Alle Rechte vorbehalten: (c) Börsen-Zeitung



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH